

Weit entfernt von den weitgehend festgefahrenen Frontlinien führen Russland und die Ukraine zur Zeit einen erbitterten Parallelkrieg: Beide Seiten setzen auf Angriffe gegen die Energieinfrastruktur des jeweils anderen, in der Hoffnung, auf diesem Wege die militärische Pattsituation zu durchbrechen.

Dieser Aspekt des Konflikts trat in der vergangenen Woche stärker in den Vordergrund, als die USA und Europa neue Sanktionen gegen die russische Ölindustrie ankündigten – die Lebensader der Kriegsmaschinerie des Kremls. Die Ukraine wiederum setzt auf das, was sie als "Langstreckensanktionen" bezeichnet: Drohnenangriffe, die bereits Dutzende russische Raffinerien beschädigt haben, in denen Rohöl zu Treibstoff verarbeitet wird.

Russland hingegen nimmt erneut gezielt die ukrainische Strom- und Gasversorgung ins Visier. In einer verheerenden Angriffskampagne will Moskau die ukrainische Wirtschaft schwächen und die Moral der Bevölkerung untergraben – rechtzeitig vor Beginn des Winters.

Ob eine der beiden Seiten in absehbarer Zeit nachgeben wird, ist unklar. Doch laut Analysten betrachten beide Lager die Energieangriffe als strategisches Druckmittel in einem Krieg, der nun schon fast vier Jahre andauert.

Eskalation im Winter

Die russischen Streitkräfte erzielen Geländegewinne – wenn auch nur langsam und unter hohen Verlusten – und dürften weiterhin Druck auf dem Schlachtfeld ausüben. Doch mit dem nahenden Winter, der Bodenkämpfe durch fehlende Vegetation und extreme Kälte erschwert, wird die Energiefront voraussichtlich zur aktivsten Konfliktzone der kommenden Monate.

Frühere Sanktionen zielten darauf ab, Moskau seine wirtschaftliche Lebensader zu entziehen - eine Energiebranche, die dem Staat täglich hunderte Millionen Dollar einbringt. Die G7-Staaten hatten 2022 einen Preisdeckel für russisches Öl verhängt. Russland konnte diesen Schritt weitgehend abfedern, indem es Exporte nach China und Indien umleitete.

Doch Präsident Trumps neueste Sanktionen gehen über frühere Maßnahmen hinaus. Durch die Aufnahme der russischen Ölkonzerne Lukoil und Rosneft auf die schwarze Liste droht nun weltweit jedem Unternehmen eine Bestrafung, das mit diesen Firmen Geschäfte macht. Die Hoffnung ist, dass dies zentrale Käufer wie Indien dazu bewegen wird, ihre Importe zurückzufahren.



Ohne diese Einnahmen könnte es für Russland schwieriger werden, verlorenes Kriegsmaterial zu ersetzen und hohe Entlohnungen an die Rekruten der Armee zu zahlen.

Ein Anzeichen für die zunehmenden wirtschaftlichen Belastungen: Erstmals seit Beginn des Krieges wird erwartet, dass die russischen Militärausgaben im kommenden Jahr zurückgehen werden.

Präsident Wladimir Putin hat eingeräumt, dass die Sanktionen der Wirtschaft schaden werden, zugleich aber betont, dass sie die strategische Haltung des Kremls nicht beeinflussen würden. Trump hingegen äußerte die Vermutung, dass Putin in sechs Monaten anders denken könnte – sobald die Sanktionen ihre volle Wirkung entfalten.

Ukrainische Drohnen gegen russische Raffinerien

Neben der wirtschaftlichen Kriegsführung setzt die Ukraine zunehmend auf Langstreckenangriffe gegen russische Raffinerien. Nach Einschätzung eines Analysten waren bis zum vergangenen Monat etwa 20 Prozent der russischen Raffineriekapazität zerstört oder beschädigt. Dies hat in mehreren Regionen zu ernsthaften Benzinknappheiten geführt, die Ukraine versucht auf dieses Weise, den Krieg ins alltägliche Leben der russischen Bevölkerung zu tragen.

Moskau setzt auf Kälte zur Demoralisierung

Während die Ukraine und ihre Verbündeten Russland im Energiesektor unter Druck setzen, intensiviert Moskau seinerseits die Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur. Das Ziel, so Experten, ist es, viele Menschen im Dunkeln und in der Kälte sitzen zu lassen – um so die Moral zu schwächen und wirtschaftliche Aktivitäten zu behindern.

In diesem Monat begann die Ukraine mit landesweiten Notabschaltungen, um auf Stromausfälle zu reagieren, die durch Angriffe auf Kraftwerke und Umspannwerke verursacht wurden.

Russische Angriffe auf das ukrainische Stromnetz sind nicht neu - insbesondere zu Beginn



des Winters, wenn die Nachfrage nach Elektrizität besonders hoch ist. Über die Jahre hinweg hat sich die Bevölkerung angepasst, indem sie sich mit kleinen Generatoren und Batterien über Wasser hält.

Doch in diesem Jahr hat Russland seine Kampagne ausgeweitet und greift verstärkt die ukrainische Gasinfrastruktur an – das Rückgrat vieler Heizsysteme des Landes. Nach Angaben eines europäischen Beamten haben jüngste Angriffe etwa 60 Prozent der ukrainischen Gaskapazitäten lahmgelegt. Zudem wurden mehrere Verdichterstationen beschädigt, die für den Gastransport durch Pipelines erforderlich sind.

Mehrere Städte haben daraufhin den Beginn der zentralen Heizsaison in Wohnhäusern verzögert, um mit dem Gasmangel umzugehen. Die Sorge wächst, dass zahlreiche Haushalte diesen Winter nicht ausreichend beheizt werden können – in einem Land, in dem Minusgrade über Wochen hinweg anhalten können.

Weitere Nachrichten



- USA und China einigen sich auf Rahmenhandelsabkommen Chinesische und US-amerikanische Handelsdelegationen erklärten gestern, man habe sich auf einen Rahmen für ein Abkommen zu Zöllen und weiteren Streitpunkten verständigt vor einem bevorstehenden Treffen zwischen Trump und Chinas Präsident Xi Jinping. Finanzminister Scott Bessent erklärte, er rechne damit, dass China seine Exportkontrollen für Seltene Erden um ein Jahr verschiebt. Trump hatte zuvor mit 100 % Strafzöllen auf chinesische Waren gedroht – als Reaktion auf Pekings Einschränkungen bei Seltenen Erden, die für die Herstellung zahlreicher Produkte wie Computerchips essenziell sind. Bessent kündigte zudem an, dass sich beide Seiten auf ein "endgültiges Abkommen zu TikTok" geeinigt hätten, das die Staatschefs am Donnerstag bei ihrem Treffen in Südkorea formal abschließen wollten.
- Festnahmen im Fall des Louvre-Raubs Eine Woche nach einem spektakulären Kunstdiebstahl im Pariser Louvre gab die Polizei gestern Festnahmen in dem Fall bekannt. Ein Mann wurde am Flughafen festgenommen, als er offenbar das Land verlassen wollte.

Es war zunächst unklar, ob die Polizei einen Teil der acht gestohlenen Schmuckstücke – im Gesamtwert von über 88 Millionen Euro - wiederbeschaffen konnte.

Weitere Meldungen:

- Kambodscha und Thailand unterzeichnen Abkommen zur Beilegung ihres Grenzstreits im Beisein von Trump, der damit sein Image als Friedensstifter stärken will.
- Die Partei von Präsident Javier Milei erreichte bei den Wahlen in Argentinien über 40 % ein entscheidender Stimmungstest für seine Amtszeit.
- Kamala Harris deutete in einem Interview an, dass sie eine erneute Präsidentschaftskandidatur erwägt.
- Ägypten entsandte ein Expertenteam nach Gaza, um bei der Suche nach den Leichen verstorbener Geiseln zu helfen.
- Eine paramilitärische Gruppe in Sudan meldet die Einnahme des Armee-Hauptquartiers in El Fasher - der Weg zur Kontrolle West-Darfurs scheint frei.
- Hurrikan Melissa verstärkt sich weiter und bewegt sich auf Jamaika zu.

Autor: P. Tiko